

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

DREIZEHNTES JAHR
SEPTEMBER 1962

9

WALTER K Ö P P I N G

Soll alles so bleiben?

Der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft

Eine Weltkarte, die das Land Utopia nicht enthielte, verdiente diesen Namen nicht, denn ihr fehlt das einzige Land, in dem die Menschheit immer landet... Der Fortschritt ist nur die Verwirklichung von Utopien. Oscar Wilde

I

Seit Jahren wird in der Bundesrepublik mit großem Aufwand und Geschick eine Legendenbildung betrieben, die der Verschleierung wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Tatbestände dient. Man will nicht mehr wahrhaben, daß unsere Gesellschaft aus Gruppen mit sehr unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Interessen zusammengesetzt ist, man leugnet soziale Konflikte und diffamiert die Träger dieser Konflikte, die Gewerkschaften. Dafür wuchert die Ideologie und treibt die giftigen Blüten „Volkskapitalismus“, „Partnerschaft“, „Volksaktionär“, „Mitunternehmer“. Es liegt im Interesse der heute Mächtigen, Reichen und Bevorrechtigten, den Status quo zu erhalten. Wir, die Arbeitnehmer, sind die Betroffenen, die Benachteiligten; wir müssen neue Initiative entwickeln, wir müssen unsere Gesellschaft wieder dynamisch machen. Wir leben in einer starren, beharrenden Gesellschaft, sie ist eingeschworen auf die Gegenwart, sie ist geschichtslos geworden: Von der Vergangenheit wendet man sich ab, von der Zukunft hat man keine Vorstellung.

Einige Zitate sollen zeigen, wie weit die Legendenbildung bereits gediehen ist: „Wir Unternehmer sind nicht nur die Sachwalter des Kapitals, wir sind auch die ersten Treuhänder der Interessen unserer Arbeitnehmer. Aus dieser Verantwortung heraus hat die freie Unternehmerwirtschaft den Lebensstandard der Arbeitnehmer in den letzten 200 Jahren um mehr als das Zehnfache erhöht. Auch die Sozialversicherung geht auf Unternehmerinitiative zurück.“¹⁾

„Produktivitätssteigerung ist immer Gemeinschaftsleistung. Sie kann nicht einfach von oben verordnet werden. Alle müssen mitmachen. .. Mit solcher Erkenntnis hört der Klassenkampf auf... Arbeitnehmer und Unternehmer haben die gleichen Interessen: Die Steigerung der Produktivität ist ihr gemeinsames Ziel.“²⁾

1) Erklärung der ASU (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer) im Mai 1951.

2) „Steigende Produktivität — wachsender Wohlstand“, Broschüre der Gesellschaft Die Waage, Köln 1954.

„Der Arbeiter ist heute gleichberechtigt, durch Gesetze, Organisationen und durch den politischen Stimmzettel vielfach gesichert... Er bedarf eigentlich nur noch des Willens zum Eigentum, und er könnte genausogut Aktionär sein wie die anderen Menschen, die heute Aktionäre sind.“³⁾

„Infolge der ungeheuren gewerkschaftlichen Aktivität führt Deutschland allmählich in der Arbeitszeitverkürzung in Europa. Und wir haben ein Versicherungssystem, das das Krankfeiern zur Lust macht. Wir genießen doppelt soviel Feiertage wie Amerika . . . Der kleine Mann will mehr denn je bedient sein.. Der kleine Mann ist ein wahrer Ausbund an Bequemlichkeit, er wird von Tag zu Tag fauler.“⁴⁾

„Es gibt keine soziale Frage mehr in Westdeutschland.“⁵⁾

„Wenn den Großvätern der Gewerkschaftsbewegung am 1. Mai 1961 erlaubt würde, für ein paar Stunden in die deutsche Industrielandschaft zurückzukehren, so würden sie sich verwundert die Augen reiben. Die Lage des Arbeiters im freien Teil der Welt haben sie kaum in ihren kühnsten Träumen vorausgesehen... Wenn heute in der sozialen Auseinandersetzung Druck ausgeübt wird, dann kommt er von der Vertretung der Arbeitnehmer, den Gewerkschaften. Die privilegierte Schicht von heute ist die Arbeiterschaft, und sie ist auf dem Wege, ihre Privilegien systematisch auszubauen und zu erweitern.“⁶⁾

Durch diese ideologischen Nebel muß man zunächst einmal hindurchstoßen, wenn man sich über den Standort des Arbeitnehmers in unserer Gesellschaft Klarheit verschaffen und — von der Analyse der Gegenwart ausgehend — die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse ändern, verbessern will. Es muß erkannt und von allen verantwortlichen Kräften und Institutionen anerkannt werden, daß wir nach wie vor in einer Klassengesellschaft leben, in der soziale Konflikte ganz natürlich und unvermeidbar sind. „Wie man vom Schwinden der Klassenunterschiede sprechen kann, solange sich der Boden und die übrigen Produktionsmittel im Privateigentum einer Minderheit befinden, während die Mehrheit des Volkes besitzlos dasteht, ist unerfindlich.“ So urteilte nicht etwa ein Sozialist oder Gewerkschaftsfunktionär sondern der katholische Wissenschaftler *Paul Jostock*⁷⁾.

II

Streiks sind in der Bundesrepublik in Verruf gebracht worden („Schaden für die Allgemeinheit“, „Der Verbraucher zahlt die Zeche“ usw.), obwohl wir von allen westlichen Ländern den geringsten Arbeitsausfall durch Arbeitskämpfe haben. Man will keine sozialen Konflikte zulassen, und man verdächtigt die Träger solcher Konflikte. Damit gerät unsere Gesellschaft in eine gefährliche Situation: Konflikte sind nicht nur möglich, sondern sie sind unvermeidlich — und sie gelten überdies als Merkmal der Demokratie, des Rechtsstaates. Es geht nicht darum, die sozialen Konflikte zu leugnen oder zu unterdrücken, es kommt vielmehr darauf an, diese Spannungen zu stabilisieren und Institutionen für die Austragung der Konflikte zu schaffen. Solche Institutionen sind beispielsweise Betriebsrat, Gewerkschaft, Tarifvertrag, Arbeitsgericht, Streik. Lebensgefährlich werden soziale Spannungen für eine Gesellschaft erst, wenn man sie unterdrückt, so daß sie sich wahrscheinlich eines Tages in unkontrollierten und gewaltsamen Ausbrüchen entladen (wilde Streiks, Krawalle, Revolten).

In der Bundesrepublik hat sich in letzter Zeit der Staat immer wieder in die sozialen Auseinandersetzungen eingeschaltet, und er hat es einseitig zugunsten der Unternehmer getan. Dazu gehören die Aufforderungen zum Maßhalten, die Belehrungen, daß erst mehr produziert werden müsse, ehe an höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit zu

3) Dr. H. Rheinfels in einem Diskussionsbeitrag in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, Mai 1958.

4) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 11. 1959.

5) Deutsche Zeitung, 30. 4. 1960.

6) Westdeutsche Rundschau, Wuppertal, 1. 5. 1961.

7) In: Stimmen der Zeit, Verlag Herder, Freiburg, Juni 1960.

denken sei, die Rechtfertigungen für die gewaltige Vermögenskonzentration in der Hand der Unternehmer und Wertpapierbesitzer. Schon im Februar 1958 stand — leider zu Recht — in der Zeitschrift *Geist und Tat*:

„Es gibt eine bemerkenswerte Einheitsfront zwischen den liberalen und den kommunistischen Posaunenbläsern des Arbeitgebertums: ‚Die Arbeiter sind zu begehrtlich!‘“

Mit größter Sorge muß man der weiteren Entwicklung in der Bundesrepublik entgegensehen, wenn man sich die Bedeutung und Konsequenz des *Erhardschen* Ausspruches in der Fernsehrede vom 21. März 1962 vergegenwärtigt:

„Es widerspricht dem innersten Wesen einer demokratisch-parlamentarischen Ordnung, die Stabilität der Währung. . . , und das bedeutet in letzter Konsequenz gesellschaftliche und soziale Ordnung ..., dem Ermessensspielraum von Tarifpartnern zu überlassen.“

Sieht man nicht, daß man dabei ist, das gleiche anzustreben, was man bei SED und FDGB anprangert und ablehnt, nämlich die Unterwerfung der Gewerkschaften unter den Staat?

III

Gering ist der Einfluß der Arbeitnehmer auf die Politik unseres Staates. Das überrascht, denn rund 75 vH der Bevölkerung sind Arbeitnehmer, Rentenbezieher oder deren Angehörige. In einem demokratischen Staat, in dem die Herren *Krupp* und *Flick* bei Wahlen auch nur eine Stimme haben wie die Tausende Arbeitnehmer in ihren Werken, müßte eigentlich erwartet werden, daß das Parlament annähernd die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegelt und daß dadurch eine Gesetzgebung ermöglicht und eine Regierung berufen wird, die den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Im alten Griechenland ging das Wort um: „Wehe uns, wenn sich unsere Sklaven einmal zählen“. Man ist versucht zu sagen, daß die deutschen Arbeitnehmer nicht zählen können, denn sonst würden von mehr als 20 Mill. Arbeitnehmern nicht lediglich 6,5 Mill. in den Gewerkschaften des DGB organisiert sein, und sie würden bei den Wahlen mehr darauf achten, daß Männer und Frauen aus ihrer Mitte in die Parlamente einziehen. Demokratie, Volksherrschaft, kommt eben nicht allein durch das *Recht* des Bürgers auf politische Mitbestimmung zustande, es sind notwendig eine *Befähigung* der Staatsbürger zu einer solchen Mitbestimmung und der *Wille*, diese Rechte wahrzunehmen, auch dann, wenn Mühe und Verantwortung damit verbunden sind. Die Gleichberechtigung aller blieb weitgehend formal. Noch immer gilt das Wort *Lassalles*: „*Verfassungsfragen sind Machtfragen!*“

Für die tatsächliche Verfassung unserer Gesellschaft wird immer bedeutungsvoller der Einfluß der Unternehmerschaft auf die Instrumente der Meinungsbildung (Abhängigkeit von Presse und Fernsehen von Inseraten bzw. Werbesendungen) und ihr Einfluß auf bestimmte Parteien (Wahlspenden). Gefährlich ist das System der Lobbyisten (mehr als 400 davon gibt es in Bonn und Umgebung). Sie drohen die freie politische Entscheidung in den Parlamenten und die korrekte Arbeit der Exekutive zu ersticken. Wir leben in einem Rechtsstaat, Leibeigenschaft und Drei-Klassen-Wahlrecht gehören der Vergangenheit an, die Gesetze gelten gleichermaßen für alle — aber: Was für Gesetze sind es? Wie kommen sie zustande? Schon *G. B. Shaw* urteilte sarkastisch: „Ja, die Gesetze gelten für alle gleich — nur die Einkommen müßten geändert werden“. Und wenn *Anatole France* vor Jahrzehnten sagte: „Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet Armen wie Reichen, Brot zu stehlen und unter den Brücken von Paris zu schlafen“, so kann heute die formale rechtliche Gleichheit aller Bürger auf die Formel gebracht werden: „Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit erlaubt Armen wie Reichen, eine Aktiengesellschaft und eine Zeitung zu gründen“⁸⁾.

8) Siehe Rede von Walter Dirks auf dem 4. Gewerkschaftstag der DTV in Berlin, Juni 1961.

IV

Das *Arbeitsrecht* wurde weit entwickelt. Gegenüber der Anfangszeit des Kapitalismus wurden gewaltige Fortschritte erzielt, und auch die ersten größeren Erfolge. In der Weimarer Republik haben wir inzwischen weit hinter uns gelassen. Aber noch immer ist das Arbeitsrecht Schutzrecht. Folglich bewahrt es Schutzbedürftige in unserer Gesellschaft vor dem Schlimmsten. Das Arbeitsrecht gleicht einem Zaun vor einem Abgrund, einem Abgrund, in dem sich im 19. Jahrhundert viele Arbeitergenerationen zu Tode stürzten. Aber innerhalb dieses Zaunes ist es bei der Herrschaft des Arbeitgebers über den Arbeitnehmer geblieben. Der Arbeitnehmer ist im Wirtschaftsleben nach wie vor unfrei und abhängig. Daran ändert das bisher entwickelte Arbeitsrecht nichts und auch nicht eine Sozialversicherung oder eine gutgefüllte Lohntüte. Der Arbeitnehmer ist noch immer Objekt in der Wirtschaft. Das Entscheidungs- und Gestaltungsrecht liegt beim Arbeitgeber. Auch ein Betriebsrat ändert an diesem Zusammenhang nichts. Auch er dient lediglich dem Schutz des Arbeitnehmers vor bestimmten Übergriffen. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen beläßt die Entscheidung letzten Endes in der Hand des Arbeitgebers. Der Betriebsrat kann Einspruch erheben, aber er kann nicht gestaltend in die Personalpolitik eingreifen.

Das Arbeitsrecht muß also weiterentwickelt, Mängel müssen behoben und Lücken im „Zaun“ müssen geschlossen werden. Im Steinkohlenbergbau ist es z. B. dem Arbeitgeber nach wie vor möglich, das wirtschaftliche Risiko in unzumutbarem Maße auf die Schultern der Bergarbeiter abzuwälzen: Unter bestimmten Bedingungen ist der Bergmann verpflichtet, Überschichten zu verfahren, andererseits kann der Arbeitgeber bei Absatzschwierigkeiten Feierschichten anordnen, für die der Bergarbeiter ohne Entschädigung bleibt. Es ist überhaupt erstaunlich, daß sich das Arbeitsrecht im Bergbau auf viele Paragraphen des Allgemeinen Berggesetzes von 1865 stützt, ein Gesetz, dessen 100. Geburtstag wir bald begehen können, ein Gesetz also, das angesichts der tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts längst durch andere Gesetze abgelöst sein müßte. Dieses Berggesetz ermöglicht u. a. dem Arbeitgeber die fristlose Entlassung des Arbeiters, wenn dieser ihn beleidigt, bedroht oder tätlich angreift. Es gestattet im umgekehrten Fall bei einer Beleidigung, Bedrohung oder einem Angriff des Arbeitgebers dem Bergarbeiter die fristlose Kündigung. In beiden Fällen ist aber der Arbeiter der Leidtragende, denn er verliert ohne Anspruch auf Schadensersatz seinen Arbeitsplatz. Das ist ein typisches Beispiel für formale Rechtsgleichheit zu Lasten der gesellschaftlich Schwachen.

Die Gruppe der Arbeitnehmer gliedert sich auf in Arbeiter, Angestellte und Beamte. Es braucht hier nicht im einzelnen dargelegt zu werden, inwieweit ein Beamter gegenüber Arbeitern und Angestellten Vorrechte genießt, andererseits ein Angestellter gegenüber dem Arbeiter bessergestellt ist. Die gesellschaftliche Diskriminierung des Arbeiters wirkt allmählich grotesk. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist die Schaffung von sogenannten „Ehrenangestellten“ bei verschiedenen Großunternehmen. Im Herbst 1960 machte die BASF viele ihrer Arbeiter zu Ehrenangestellten, die in Fragen des Urlaubs, der Lohnfortzahlung, des Kündigungsschutzes und der Altersversorgung den Angestellten gleichgestellt wurden. Bezeichnenderweise war der Anlaß dazu die Einstellung einer jungen Stenotypistin, deren Vater im selben Werk als Facharbeiter mit großer Verantwortung tätig ist. Dieser Facharbeiter war in vielerlei Hinsicht schlechter gestellt als die eben erst in den Betrieb aufgenommene Tochter. Man kann das Unternehmen für die Bemühungen, unhaltbare soziale Zustände zu korrigieren, nur loben, aber die Rechtsordnung müßte geändert werden. Denn die Verwandlung von Arbeitern in „Ehrenangestellte“ tat keine Wirkung nach draußen, die erworbenen Rechte gelten nur innerhalb des Unternehmens. So bleiben Ehrenangestellte z. B. in der Invalidenversicherung versichert.

Unser Arbeitsrecht muß nicht nur verbessert und ergänzt werden — es muß weiterentwickelt werden zu einem *neuen Gesellschaftsrecht*, das ein Sonderrecht in Form des Arbeitsrechts weitgehend überflüssig macht. Dieses neue Arbeitsrecht muß den Arbeitnehmer aus seiner Objektrolle in der Wirtschaft befreien, es muß ihn zum mitgestaltenden und mitbestimmenden wirtschaftlichen Subjekt machen. Das Arbeitsverhältnis muß von einem Gesellschaftsverhältnis abgelöst werden. Große Bedeutung kommt dabei dem Betriebsverfassungsrecht zu, das aus der bei uns oft zu hörenden Phrase „Der Mensch steht im Mittelpunkt der Wirtschaft“ eine Realität machen muß. Dazu wird es höchste Zeit, denn der Prozeß der wirtschaftlichen Konzentration stärkt Unternehmer und Manager, und damit werden die Gegenkräfte, die sich einer Gesellschaftsreform widersetzen, immer mächtiger. Die Großbetriebe sind, zu Herrschaftsgebilden geworden. Ein neuer Feudalismus droht heraufzukommen, ein Industrie-feudalismus, der eines Tages unserer Gesellschaft zum Verhängnis werden müßte. Es ist kein Zufall, daß es in den USA bereits einen *Henry Ford II* und einen *John D. Rockefeller III* gibt. Es sind neue Dynastien, die an die Stelle der alten feudalen Herrscherhäuser treten und bei denen Reichtum und Macht genau wie einst von Generation zu Generation vererbt werden.

Einen Schlüssel zur Öffnung dieses Problems gibt uns eine Erkenntnis von *Carlo Schmid* in die Hand: „Freiheit ist dort, wo man nur einem Willen zu gehorchen braucht, an dessen Bildung man selbst unmittelbar oder mittelbar durch gewählte Vertreter mitgewirkt hat“⁹⁾. Das Wesen der Demokratie, auch einer Wirtschaftsdemokratie, ist hier glänzend auf eine knappe Formel gebracht. Es geht um die Übertragung der Macht von den Regierten auf die Regierenden, es geht um eine Begrenzung der Macht (Verfassung, Gesetze, Gerichtsbarkeit, Tarife, Betriebsräte), es geht um die Kontrolle der Macht, und es geht darum, daß Macht nur für einen begrenzten Zeitraum übertragen wird. Dann müssen die Regierenden die Macht an die Regierten zurückgeben, und es wird neu über die Übertragung der Macht entschieden. Auf die Wirtschaft angewandt heißt das: Wir müssen zu einer Wirtschaftsordnung kommen, die das genossenschaftliche Prinzip verwirklicht. Wenn der Mensch tatsächlich im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen soll, dann darf nicht mehr der Arbeitgeber Arbeitskräfte mieten und sie mit einer bloßen Lohnzahlung abfinden, und es darf nicht mehr der Besitzer der Produktionsmittel das aus der gemeinsamen Arbeit gewachsene Produkt in sein Privateigentum übernehmen und die beim Verkauf erzielten Gewinne für sich allein beanspruchen.

Das *Mitbestimmungsgesetz* von 1951 bringt nicht die Mitbestimmung, die erforderlich wäre, um unser Wirtschaftssystem zu verändern. Dieses Gesetz ist ein Schritt in Richtung auf Mitbestimmung, auf Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Aber dieses Gesetz bringt keine Parität, keine gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter. Lediglich im Aufsichtsrat ist das Kräfteverhältnis ausgewogen. Im Vorstand steht der Arbeitsdirektor einer Mehrzahl von Gegenspielern gegenüber, und hinsichtlich der Hauptversammlung, in der seit einiger Zeit die Großaktionäre die beherrschende Rolle spielen, fehlt es ganz an einem gewerkschaftlichen Einfluß oder Gegengewicht. Es geht künftig also nicht nur darum, die überbetriebliche Mitbestimmung einzurichten, es genügt nicht, die jetzt in der Montanindustrie praktizierte Mitbestimmung auf die anderen Wirtschaftszweige zu übertragen. Die Mitbestimmung muß — über die bereits herausgebildeten Formen hinausgreifend — ganz neue Möglichkeiten erschließen. Die gesammelten Erfahrungen müssen kritisch geprüft und ausgewertet werden. Die Mitbestimmung nach dem Gesetz von 1951 hat auch den Nachteil, daß sie lediglich eine Beteiligung der Arbeitnehmervertreter an der Leitung der Unternehmen bringt, nicht aber eine Beteiligung am Produktionsergebnis. Die Unternehmen sind nicht Selbstzweck. Sie

8) In: GM, März 1951.

haben u. a. die Aufgabe, Erträge zu erwirtschaften, und es wird allmählich Zeit, daß in der Mitte des 20. Jahrhunderts in einem demokratischen Staat die Arbeitnehmer an den von ihnen miterwirtschafteten Erträgen angemessen teilhaben.

V

Durch die im Frühjahr veröffentlichte *Denkschrift der evangelischen Kirche zur Frage der Eigentumsverteilung* wurde die deutsche Öffentlichkeit nochmals nachdrücklich auf die skandalösen Verhältnisse bei der Verteilung der wirtschaftlichen Erträge aufmerksam gemacht. Die Netto-Vermögensbildung in der Bundesrepublik von 1950 bis 1960 umfaßt rund 350 Md. DM. Nahezu die Hälfte wurde auf dem Wege der Selbstfinanzierung gebildet, die auf ein Zwangssparen der Arbeitnehmer (relativ niedrige Löhne) und der Verbraucher (relativ hohe Preise) zurückgeht. Eine kleine Gruppe der Bevölkerung hat den Löwenanteil an dieser Vermögensbildung für sich gewinnen können, obwohl dahinter die Arbeitsleistung eines ganzen Volkes steht. Die in der Statistik ausgewiesenen Zahlen bringen nur einen Teil der Wahrheit ans Licht: Die Vermögensbildung in Form stiller Reserven, ermöglicht durch degressive Abschreibung und Sonderabschreibungen, macht schätzungsweise die gleiche Summe aus wie die offene Vermögensbildung von 350 Md. DM. Diese versteckte Vermögensbildung zugunsten der Unternehmer und Wertpapierbesitzer spiegelt sich annähernd wider in den enormen Kurssteigerungen der Wertpapiere, die von 1950 auf 1961 im Durchschnitt 900 vH ausmachten (wenn auch in diesem Jahr Rückschläge eingetreten sind). Beachtung verdienen auch die großen Vorteile, die Aktionären aus der Ausgabe von Vorzugsaktien und Zusatzaktien erwachsen. Durch das Gesetz vom 23. Dezember 1959 über „Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln“ wurde die Umwandlung angesammelter finanzieller Reserven in Zusatzaktien ermöglicht. Die Aktionäre erhalten diese Wertpapiere kostenlos und steuerfrei übertragen. 1960 wurden Zusatzaktien im Nennwert von 2,7 Md. DM und 1961 von 1 Md. DM ausgegeben. Bei Berücksichtigung der Börsenkurse kommt man zu dem Schluß, daß die tatsächlichen Vermögensübertragungen um ein Vielfaches größer sind.

Der griechische Reeder *Onassis* hat einmal gestanden: „Nicht die erste Million verdient man am schwersten, sondern die ersten Hunderttausend“. Dank unserer Wirtschaftspolitik und insbesondere dank der Steuergesetzgebung ist es in der Bundesrepublik einer kleinen Gruppe der Bevölkerung gelungen, diese Barriere der Hunderttausend spielend zu übersteigen, und sie ist jetzt in der glücklichen Lage, daß ihre Einkommen und Vermögen weiter und weiter wachsen, ohne daß sie sich sehr darum zu bemühen braucht. Die Einkommensverteilung und die Verteilung der Vermögen müssen gerechter werden. Zu einer aktiven Lohnpolitik müssen Gewinnbeteiligung und Beteiligung am wirtschaftlichen Vermögen treten. Daß heute bei Lohnbewegungen so erbittert um jedes Prozent Aufbesserung gerungen wird, ist mit zurückzuführen auf das Fehlen einer solchen Beteiligung. Lohn/Gehalt sind heute durchweg der einzige Zugang eines Arbeitnehmers zum Einkommen. Was ihm hier entgeht, das kann er später, nachträglich nicht mehr gewinnen. Anders wäre die Situation, wenn dem Arbeitnehmer zum laufenden Lohn (der nicht mehr sein sollte als eine Abschlagszahlung auf seinen Anteil am Ertrag) ein „Nachschußlohn“ gezahlt und ein Anteil am neugebildeten Vermögen übertragen würde. Dann könnten die Arbeitnehmer hinsichtlich des Tariflohns großzügiger und gelassener sein.

Man sollte prüfen, ob nicht die Möglichkeit zu einer Korrektur der Vermögensverteilung in den hinter uns liegenden Jahren besteht. Wir alle kennen den Lastenausgleich. Es wäre durchaus möglich, wenn man nur dazu entschlossen ist, in unserer Gesellschaft einen Erfolgsausgleich zugunsten der bisher Benachteiligten durchzuführen.

Die Selbstfinanzierung war in den ersten Nachkriegsjahren, als es noch keinen leistungsfähigen Kapitalmarkt gab, nicht zu umgehen. Doch sie ist heute nicht mehr notwendig. Die Sparleistungen sind stark gestiegen, die Wirtschaft ist wieder mit Produktionsmitteln gut ausgestattet. Aber die wirtschaftlich mächtigen Gruppen haben es erreicht, daß nach wie vor die Vorzüge und die steuerlichen Anreize für die Selbstfinanzierung erhalten blieben, so, als gälte es noch immer, den Wiederaufbau zu bewältigen. Unsere Welt ist nicht gerechter geworden. Die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitnehmer geht nicht zurück auf eine Umverteilung der Einkommen und Vermögen, sie hat ihre Quelle allein in der gewaltig gestiegenen Produktivkraft unserer Wirtschaft. Der Abstand zwischen Abhängigen und Selbständigen in unserer Gesellschaft ist noch nie so groß gewesen wie in unserer Zeit. Wir haben jetzt mehr als 18 000 Millionäre. Diese unwürdigen Zustände werden durch Volksaktien nicht behoben. Die Volksaktien beschneiden nicht die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten und nicht die Vorrechte der Besitzer von Produktionsmitteln und Wertpapieren. Durch Volksaktien wird lediglich ein Rinnsal neben dem mächtigen Strom der Selbstfinanzierung gebildet, ein Rinnsal, das durchaus entbehrlich ist, denn bei uns besteht kein Kapitalmangel. Es kommt nicht darauf an, zusätzlich Vermögen zu bilden, sondern die laufende Vermögensbildung gerechter zu machen. Durch die Volksaktien wird zudem Kaufkraft absorbiert, was in unserer Wirtschaft, die durch relativ geringen privaten Verbrauch gekennzeichnet ist, verhängnisvoll werden kann. Von den Volksaktien gehen aber gefährliche politische und psychologische Wirkungen aus; man versucht, viele Arbeitnehmer zu Kleinaktionären zu machen und ihnen auf diese Weise die Legitimation zur Kritik der Großaktionäre abzukaufen.

Der deutsche Arbeitnehmer sitzt am Tisch der Wirtschaft nur, wenn die Vorsuppe aufgetragen wird. Wenn die Hauptspeise und der Nachtisch serviert werden, ist er draußen vor der Tür. Das muß anders werden. Sehr bildhaft hat dieses Problem der amerikanische Gewerkschaftsführer *Walter Reuther* dargestellt, als er sagte, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem auf dem Tisch der Reichen einen Überfluß häuft und daß für die Arbeitnehmer das bleibt, was von diesem Tisch herunterfällt. „Wir aber wollen“, so folgerte Reuther, „diesem Tisch die Beine absägen, damit auch wir hinaufliegen können.“¹⁰⁾

VI

Um die Stellung des Arbeitnehmers in unserer Wirtschaft voll zu erfassen, müssen auch Fragen der Preispolitik und der Steuerpolitik einbezogen werden. Unser Wirtschaftssystem heißt Marktwirtschaft, aber dessenungeachtet sind etwa drei Viertel aller Preise unbeweglich. Dem Tätigkeitsbericht des Kartellamtes in Berlin für 1960 ist zu entnehmen, daß damals 203 000 Artikel zur Preisbindung angemeldet waren. „Die deutschen Handelsspannen sind, wie durch eingehende Untersuchungen, u. a. von Prof. Dr. *Mellerowicz*, Berlin, festgestellt wurde, im internationalen Maßstab die höchsten ... Der Inlandspreis für Zucker liegt 87 vH über dem Weltmarktpreis, der Inlandspreis für Rindfleisch 84 vH, für Schweinefleisch 64 vH und für Butter 60 vH. Futtermittel verteuert sich vom Schiff bis zum Lagerschuppen um 84 vH.“¹¹⁾ Bei den Preisen für viele Waren ist der Anteil der Handelsspanne größer als der Anteil der Produktionskosten. Einzelne Händler, die aus der Preisfront ausbrechen, wie z. B. der Frankfurter Uhrenhändler *Leon Weiß*, werden vor Gericht gebracht. Es ist beinahe unglaublich, daß sich in unserer Zeit vor einem deutschen Gericht folgende Szene abspielen kann: Weiß hatte sich geweigert, 112 vH Gewinnspanne zu nehmen, er wollte mit 44 vH

10) Nach: Der Spiegel, 27. 7. 1955.

11) Gewerkschaftliche Rundschau (IG Bergbau und Energie), Bochum, Juni 1962, S. 328.

zufrieden sein, und er verteidigte sich mit den Worten: „Es widerspricht kaufmännischen Gepflogenheiten, am Verkauf eines einzigen Uhrenarmbandes den Tagelohn eines Arbeiters zu verdienen.“ Dennoch wurde er vom Frankfurter Überlandgericht verurteilt, die vorgeschriebenen überhöhten Preise zu verlangen, andernfalls müsse er mit Geld- oder Haftstrafe rechnen. Weiß hatte dann den großartigen Einfall, die Ware, die er nicht billiger verkaufen durfte, zu verschenken. Er wurde auf diese Weise zu einer Art Volksheld (schlimm genug für eine Soziale Marktwirtschaft), und für ihn war der Weg zu vielen Filialbetrieben im Bundesgebiet frei.

In weiten Bereichen unserer Wirtschaft gibt es keinen Konkurrenzkampf, keine Preisunterbietung. Dennoch wird behauptet, daß der Kunde König sei. Das ist eine glatte Verfälschung. Wie soll der Verbraucher seine Königsrolle spielen, wenn alle Geschäfte eine bestimmte Ware zum gleichen, d. h. überhöhten Festpreis anbieten? Wie soll der Verbraucher diese Rolle spielen, wenn er unter einem Zwang steht, etwa hinsichtlich der Güter zur Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse? Wie soll der Kunde seine Rolle spielen, wenn er sich in den meisten Fällen kein Urteil über die Qualität und das Verhältnis von Qualität und Preis bilden kann? Im Regelfall ist der Käufer dem Verkäufer ausgeliefert. Eine Stärkung der Position des Verkäufers könnte durch Verbraucheraufklärung (hier besonders durch Warentests) erreicht werden. Aber die Bundestagsmehrheit hat im Frühjahr, bei einem Etat von insgesamt mehr als 53 Md. DM, abgelehnt, 1 Mill. DM für die Verbraucheraufklärung zur Verfügung zu stellen! Man beschied sich mit 0,5 Mill. DM. Die von der *Welt der Arbeit* und der Zeitschrift *DM* vorgenommenen Warenvergleiche werden von der Industrie und vom Handel erbittert bekämpft. Es hagelte Prozesse, man will diese Warentests „erledigen“. Der Staat und besonders der eifernde Marktwirtschaftler Prof. *Erhard* sollten eigentlich alles tun, dem Verbraucher zu helfen, seine Funktion in der Wirtschaft zu übernehmen und zu erfüllen. Leider wartet man vergebens auf eine solche Unterstützung.

Auch das verdient Beachtung: „Der Ärmste lebt am teuersten.“¹²⁾ Die Bezieher hoher Einkommen nutzen dank der ihnen möglichen Barzahlung die Beziehungen zu verbilligtem Einkauf aus und zahlen 60 bis 80 vH der Listenpreise, während der Arme — auf Ratenzahlung angewiesen — nicht nur den vollen Listenpreis, sondern auch die Kreditgebühren bezahlt und auf diese Weise auf 110 bis 120 vH der Listenpreise kommt. Auch hier versagt unsere Wirtschaftspolitik. Und sie versagt auch gegenüber der Reklamewirtschaft: Der Wirtschaftsminister fordert das Volk zum Maßhalten auf, unternimmt aber nichts dagegen, daß die Reklame unablässig die Menschen begehrlisch zu machen sucht und den Verbrauch immer neu stimuliert. Milliarden werden, in Form der Reklame, aufgewendet, die Verbraucher zu verführen, aber nur 0,5 Mill. stehen demgegenüber für die Verbraucherberatung zur Verfügung.

VII

U nser *Steuersystem* bedarf dringend der Änderung. Der größte Teil der Steuern wird nicht auf offene Weise in Form der direkten Besteuerung erhoben sondern durch indirekte Steuern, die jedermann ohne Rücksicht auf den sozialen Status, auf Einkommen und Vermögen belasten. 1961 wurden im Bundesgebiet 32,4 Md. DM direkte Steuern aufgebracht gegenüber 44,7 Md. DM indirekte Steuern¹³⁾. Die indirekten Steuern überwiegen im Verhältnis 58 : 42. Je Kopf der Bevölkerung betrug 1961 die Last der indirekten Steuern 828 DM, so daß sich für eine vierköpfige Familie eine Belastung von über 3300 DM ergibt. Das entspricht etwa dem Lohn eines Arbeiters für

12) Artikelüberschrift in der FAZ, 6. 12. 1960.

13) In Großbritannien betragen 1961/62 die direkten Steuern 3 645 Mill. Pfund, die Zölle und indirekten Steuern 2 736 Mill. Pfund (nach: Der Arbeitgeber, 20. 4. 1962).

ein halbes Jahr. In England wird die Kaufsteuer nur einmal erhoben, wenn die Ware vom Großhandel auf den Einzelhandel übergeht, und die Güter des Massenbedarfs sind von dieser Steuer befreit. Durch diese Art der Besteuerung vermeidet England überdies eine gefährliche Auswirkung unseres Steuersystems: Die kumulative Umsatzsteuer ist bei uns ein starker Antrieb zur wirtschaftlichen Konzentration, weil im Konzernverbund die Umsatzsteuer nur ein einziges Mal gefordert wird. Das bringt bei Großunternehmen Steuerersparnisse von mehreren Millionen D-Mark jährlich.

Bei der Erhebung der direkten Steuern wird nicht gerecht verfahren. Der Arbeitnehmer hat, wie es der DGB einmal treffend formulierte, „gläserne Taschen“. Es wird alles versteuert, beim Bergmann beispielsweise auch die Deputatkohle, und es wird sofort versteuert. Der Selbständige zahlt die Steuer erst später. Er veranlagt sich selbst, und er wird natürlich sein Augenmerk stärker auf die Lücken im Gesetz als auf die in Paragraphen gefaßten Verpflichtungen richten. Die Gesetze erlauben ihm eine großzügige Spesenverrechnung, was einen Witzbold zu dem Vergleich veranlaßt: „Früher nahm ein Geschäftsmann seine Sekretärin mit auf Reisen und gab sie als seine Frau aus. Heute nimmt er seine Frau mit auf Reisen und gibt sie als seine Sekretärin aus.“ Ein Selbständiger hat mannigfache Möglichkeiten zur steuerbegünstigten oder gar steuerfreien Anlage von Einkommen (Gewinnen). Ein berühmtes Beispiel ist der Herr *Oetker* aus Bielefeld: er zauberte aus seinen Gewinnen in der Nahrungsmittelbranche eine Schiffsflotte, eine Luftreederei, Banken, Versicherungen u. a. m. Er empfindet keine Skrupel dabei, ja, er war nur, wie er selbst sagte, „gehorsam dem Willen des Staates“. Degressive Abschreibungen und Sonderabschreibungen erlauben Unternehmern, Gewinne zu verschleiern und stille Reserven zu bilden. Der Staat beeilte sich im übrigen, den Selbständigen Steuervorteile zu verschaffen. Hier sei an das Gesetz vom Sommer 1961 erinnert, das den Mittelstand um 1 Md. DM steuerlich entlastete. Es war bestimmt kein Zufall, daß zu dieser Zeit der Bundestagswahlkampf begann.

VIII

Der Weg zur Freiheit führt über die Erkenntnis der Wirklichkeit.“ Dieses Wort *Kurt Pritzkolets* verdient in unserer Situation größte Beachtung. Wir müssen die Nebel der Ideologie wegblasen, die wahren Tatbestände bloßlegen. Der Standort des Arbeitnehmers in unserer Gesellschaft muß eindeutig fixiert werden. Wenn die Wirklichkeit nicht mehr erkannt oder wenn sie geleugnet wird, dann wird der Arbeiter niemals der freie Mensch werden, den einst die Gründer der Arbeiterbewegung vor Augen hatten. Denn „die Arbeiterbewegung ist keine Lohnbewegung, sondern eine Freiheitsbewegung“ (*Carlo Schmid*). Unter bestimmten Bedingungen gereichen höhere Löhne, Prämien und Volksaktien dem Arbeiter nicht zum Vorteil, sondern sie werden ihn fesseln und noch abhängiger machen.

Systematisch hat man die Gewerkschaften verdächtigt, hat sie als antiquiert hingestellt: „Die Lohnpolitik ist für die Katz“ — „Löhne treiben die Preise“ — „Gewerkschaften gefährden unsere Gesellschaftsordnung“. Seit Jahren wird der deutschen Öffentlichkeit weisgemacht, daß alle wirtschaftlichen Erfolge allein auf das Konto der Unternehmer zu buchen sind und alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Rückschläge auf das Konto der Gewerkschaften. Man entwickelte eine perfekte Rechtfertigung für die Bereicherung der Unternehmer und Aktionäre. Soziale Probleme und Mißstände werden bei uns bagatellisiert, was manchmal die Form einer Verdummung der Bürger annimmt. Ein Beispiel dafür war die Rede, die Minister *Erhard* am 21. März dieses Jahres über Rundfunk und Fernsehen gehalten hat. Er sprach starke Worte gegen die gesellschaftlich Schwachen — aber er kapitulierte vor den gesellschaftlich Mächtigen. Präsident *Kennedy* erfocht einen Sieg gegen die amerikanische Stahlindustrie, während

Erhard bei seinem Aufbegehren gegen die Automobilindustrie kläglich scheiterte. Als moderner Don Quichotte zieht Erhard gegen „Maßlosigkeit“ ins Feld. Dabei ist bei uns der private Verbrauch viel zu gering, er bedarf einer Erhöhung (1950 betrug er 64,3 vH des Sozialprodukts, 1961 nur 56,9 vH. In derselben Zeit stiegen die Investitionen von 23,7 vH auf 26,9 vH).

Die Investitionen sind zu groß, oft wurden sie zum Selbstzweck, ausgelöst durch die damit verbundenen Steuervorteile. Die Bundesrepublik ist in Westeuropa das Land mit den höchsten wirtschaftlichen Leistungen — unser Lebensstandard aber (privater Verbrauch je Kopf der Bevölkerung) liegt niedriger als in Frankreich, Großbritannien, Belgien, Schweden und in der Schweiz. Die seit vielen Jahren anhaltenden Ausfuhrüberschüsse gehen überdies zu Lasten des inländischen Verbrauchs, und es gehen inflationäre Impulse von ihnen aus (der Geldumlauf wächst, nicht aber das Güterangebot). Hier versagt unsere Wirtschaftspolitik: Nachdem der Wiederaufbau vollzogen war, hätte eine Verlagerung von der Investitionsmittel-Konjunktur zu einer Konsumgüter-Konjunktur vollzogen werden müssen¹⁴). Verbrauch ist nicht Sünde, sondern alleiniges Ziel allen Wirtschaften.

Was man in Bonn Wirtschaftspolitik nennt, müßte oft richtiger heißen „versäumte Wirtschaftspolitik“ oder „zuspätgekommene Wirtschaftspolitik“¹⁵). Sie läßt sich mit dem *Goethe*-Wort umschreiben: „Die rechte Zeit zum Handeln jedesmal verpassen, nennt ihr, die Dinge sich entwickeln lassen.“

In seiner Rede vom 21. März verteidigte Erhard die Selbstfinanzierung, und er beklagte deren Einschränkung durch die erfolgreiche Lohnpolitik. In Wahrheit hätte die Regierung längst dafür sorgen müssen, daß diese unsoziale Finanzierungsart Zug um Zug durch Fremdfinanzierung ersetzt wurde. Man dürfte erwarten, daß unser Wirtschaftsminister wenigstens schweigend zuläßt, daß durch gewerkschaftliches Handeln seine wirtschaftspolitischen Versäumnisse ausgeglichen oder gemildert werden (Verlagerung der Konjunktur, Änderung der Einkommensverteilung, Abbau der Selbstfinanzierung usw.). Aber unser Wirtschaftsminister scheint seinen Ehrgeiz darein zu setzen, eine Forderung *Seumes* auf den Kopf zu stellen: „Der Staat sollte vorzüglich nur für die Armen sorgen, die Reichen sorgen leider nur zu sehr für sich selbst.“

Die Arbeitnehmer zu Mäßigung und vermehrtem Sparen aufzufordern, grenzt an Hohn. Die Arbeitnehmer sparen bereits in einem hohen Maße. Es ist ein Zwangssparen — allerdings in die Taschen anderer. Es kommt nicht darauf an, daß bei uns der kleine Mann zusätzlich Konsumverzicht leistet, sondern daß er für seine ständige unwillige Sparleistung (Selbstfinanzierung) eine Gutschrift erhält.

IX

Es darf nicht alles so bleiben — nicht politisch und militärisch: denn auch heute leben wir lediglich in einer Pause zwischen den Kriegen. *Kurt Tucholsky* sagte 1925: „Wir stehen heute da, wo wir 1900 gestanden haben: zwischen zwei Kriegen.“ Wie würde er wohl heute urteilen?

Wir haben politisch noch keine Formen entwickelt, die den Problemen, Gefahren und Anforderungen unseres Jahrhunderts entsprechen. Technisch leben wir bereits in der Zukunft, politisch noch in der Vergangenheit. Der Mensch hat den Krieger in sich noch nicht zu bannen vermocht. Unsere Tragik besteht darin, daß die Menschen die Mittel zur Vernichtung der Menschheit in die Hände bekamen, ehe ihnen der Aufbau einer globalen politischen Weltordnung gelungen ist. Die Völker müßten verbunden

14) Die Produktion der Investitionsmittel-Industrie erreichte (1950 = 100): 1955 = 223, 1960 = 337, April 1962 = 388 Punkte. Die Konsumgüterindustrie kam auf 1955 = 162 und April 1962 = 236 Punkte (Geschäftsbericht 1961 der Deutschen Bundesbank).

15) Siehe dazu auch: Walter Hesselbach, Löhne und Preise in einer wachsenden Wirtschaft, GM 6/1962.

sein zu einer Weltgemeinschaft, aber sie sind lediglich verbündet zu einander feindlich gegenüberstehenden Blöcken.

Leider vermissen wir einen deutschen Beitrag (Ideen, politische Handlungen, Beispiele) zu einer geläuterten und haltbaren gesellschaftlichen Weltordnung der Zukunft. Die furchtbaren Lehren des zweiten Weltkrieges haben bei uns nicht zur Besinnung, nicht zu dem notwendigen Wandel geführt. Erschütternd hat das *Walter Bauer* ausgedrückt in seinem Gedicht „Einem Fremden etwas zeigend“¹⁶⁾. Bauer zeigt dem Fremden die Plätze und Straßen, auf denen nach den Bombennächten die Toten lagen, er führt ihn zu den Luftschutzkellern — „... hier verbrachten die meisten endlos scheinende Lehrstunden für eine andere Welt. Ob die Prüfung bestanden wurde, fragen Sie? Nein.“

Die deutsche Politik geriet wieder in die alten, verhängnisvollen Bahnen des Auftrumpfens, der Selbstgerechtigkeit, der Ideologie. Es ist eine Politik des bewußten Kriegsrisikos. Diese Kriegsbereitschaft („si vis pacem para bellum“), diese fadenscheinige Rechtfertigung der Machtpolitiker und Generale hat die menschliche Geschichte zu einer Kettenreaktion von Katastrophen gemacht. Und wir sind nicht weitergekommen, obwohl wir vor der Alternative stehen, entweder das Ende der Kriege oder das Ende der Menschheit herbeizuführen¹⁷⁾.

Es darf nicht alles so bleiben — nicht auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet: noch immer steht die Gleichberechtigung des Arbeitnehmers, seine volle gesellschaftliche Anerkennung aus. Wir brauchen eine Achtung der Arbeit, auch der manuellen Arbeit. Der Arbeiter will nicht Almosen und Mitleid. Es genügt nicht, etwas *für* den Arbeiter zu tun, man muß es *gemeinsam mit ihm* tun. Wir wehren uns gegen das Vorurteil, nur der werde Arbeiter und bleibe Arbeiter, der zu Besserem nicht taugt. Nicht aus einem persönlichen Versagen heraus gibt es in unserer Gesellschaft den Arbeiter, sondern aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. Wenn alle Menschen die Qualifikation zu Professoren hätten, so müßte doch die Mehrzahl von ihnen aufstehen und zu Hammer und Pflug greifen. Die Arbeit eines Bergmanns beispielsweise ist sozial nicht weniger wichtig als die eines Ingenieurs, Arztes oder Rechtsanwalts. Von dieser Erkenntnis ausgehend, verlangt der Arbeiter keine Vorrechte, wohl aber gleiche Rechte. Aber inzwischen haben sich in unsere Gesellschaft gewisse Vorrechte eingefressen, weithin hat man sich daran gewöhnt oder damit abgefunden. Es bedarf großer Anstrengungen, wenn man diese Privilegien beseitigen will, denn „der stärkste Feind des Rechts ist das Vorrecht“ (*Ebner-Eschenbach*). Die Arbeitnehmerschaft wehrt sich nicht dagegen, Arbeitslast und Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu tragen. Wir wehren uns aber gegen die ungerechte Verteilung der Lasten und Pflichten und gegen die ungerechte Verteilung der Erträge. Es müssen überwunden werden:

1. die Kommandogewalt der Unternehmer in der Wirtschaft;
2. das schreiende Unrecht bei der Verteilung der gemeinsam geschaffenen wirtschaftlichen Erträge¹⁸⁾.

Walter Dirks hat im vergangenen Jahr in mehreren Aufsätzen und Reden zur Aufgabe der Gewerkschaft in unserer Gesellschaft Stellung genommen¹⁹⁾. Er hat die Gewerkschaftsbewegung gemahnt, dafür zu sorgen, daß die Zukunft nicht nur eine verlängerte Gegenwart wird, er hat an uns appelliert, eine „reale Utopie“ zu entwickeln.

16) In: Mein blaues Oktavheft, Büchergilde Gutenberg, 1953. Bevor Walter Bauer im Herbst 1952 nach Kanada auswanderte, schrieb er einem Freunde: „Ich wollte nicht vor Scham, Ekel, Zorn und Resignation ersticken. Ich wollte dem Tisch entfliehen, an dem die lebendigen Wasser immer dünner, immer vergifteter wurden. Das Morgenrot, das wir erhofften, ist nicht gekommen. Restauration und Reaktion sind im Begriff, die Plätze einzunehmen.“

17) Siehe dazu auch die Aufsätze in GM 2/1962.

18) Es ist unhaltbar, daß z. B. Herr Alfred Krupp in den letzten Jahren mehr an Gewinnen erzielt hat, als er in der gleichen Zeit seinen mehr als 110 000 Arbeitnehmern an Lohn und Gehalt gezahlt hat.

19) Besonders ausführlich und eindringlich auf dem 4. Gewerkschaftstag der ÖTV im Juni 1961 in Berlin und in den GM 7/1961.

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist labil und unfertig. Wir müssen sie verändern, ausgestalten. Wir stehen vor der Aufgabe, das Bild einer besseren zukünftigen Gesellschaftsordnung zu entwickeln, es der Öffentlichkeit beständig vorzuhalten und beharrlich daran zu arbeiten, diesem Bilde näher und näher zu kommen. Wenn wir diese Aufgabe erfüllen wollen, dann müssen wir uns energisch wehren gegen Ideologie, Verfälschung und Beschwichtigung, die bei uns perfektioniert wurden. Wir stehen an einem Kreuzweg: entweder passen wir uns den bestehenden Verhältnissen an, unterwerfen uns — und dann behielte *Paul Jostock* recht: „Ein Mensch, der nicht mehr zu entscheiden hat, ist Sklave und mag er auch noch so gut genährt sein.“²⁰⁾ Oder wir begehren auf und bringen unsere Gesellschaft wieder in Bewegung. Es gilt, eine neue Perspektive zu gewinnen, Ziele zu markieren. Für Einzelmaßnahmen kann man die Menschen nicht begeistern, dazu bedarf es großer Aufgaben, die gemeinsames Handeln erfordern.

Wir müssen unterscheiden:

1. die Möglichkeiten, die uns die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bieten, unter Berücksichtigung der Grenzen, die durch diese Tatbestände gezogen werden;

2. die Aufgabe, die politischen und wirtschaftlichen Zustände zu ändern, die Grenzen hinauszuschieben oder aufzubrechen, unsere Gesellschaft mit neuem Leben zu erfüllen. Mit dem „Auflesen der kleinen Vorteile“ (*Nietzsche*), zu dem die Gewerkschaftsbewegung unter den bestehenden Verhältnissen vielfach verurteilt ist, dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Dieses „Auflesen“ muß auf größere Ziele hin vorgenommen werden, es muß zur allmählichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen. Und neben dieses taktische Vorgehen muß ein strategisches Handeln treten: zielstrebige Aktionen, die langfristig angelegt, systematisch geplant und abgewickelt werden. — „Dem dient kein Wind, der keinen Hafen hat, nach dem er segelt“ (*Montaigne*).

Es muß auch Klarheit herrschen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung über folgenden Problem: Die politische Form unseres Lebens — Demokratie — darf nicht identifiziert werden mit dem Wirtschaftssystem (gemilderter Kapitalismus). Die Apostel der Marktwirtschaft suchen Verwirrung zu stiften:

„Soziale Marktwirtschaft ist die wirtschaftliche Form der Demokratie: sie gehören zusammen wie der linke und der rechte Schuh eines Menschen ... Die Soziale Marktwirtschaft macht das Einkommen von der politischen Gesinnung unabhängig.“²¹⁾

„Die Soziale Marktwirtschaft ist damit die Verwirklichung echter Wirtschaftsdemokratie, die durch Verpflanzung parlamentarischer Techniken auf das Wirtschaftsleben, z. B. im Wege der Mitbestimmung, nur verfälscht werden könnte.“²²⁾

Auch die Kommunisten verschleiern die Tatbestände, auch sie werfen Demokratie und Kapitalismus in einen Topf. Wer als Gewerkschafter die Demokratie in der Bundesrepublik anerkennt und verteidigt, der wird für sie zum „Kapitalistenknecht“. Wir wissen, wie wichtig die demokratische Staatsform als Voraussetzung für freie und erfolgreiche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ist. Demokratie ist das unentbehrliche Lebenselement für die Gewerkschaften. Wir müssen die Demokratie erhalten und verteidigen — aber das Wirtschaftssystem muß gründlich geändert werden. Eine solche Änderung gefährdet nicht die Demokratie, wie uns Unternehmer weismachen wollen, sondern sie würde die Demokratie festigen und vervollkommen.

Die Gewerkschaften dürfen nicht der Gegenwart und nicht dem Kapitalismus verhaftet sein. Es gilt, das Land Utopia wieder zu entdecken und den Weg dorthin zu beschreiten.

20) Im Aufsatz: Gibt es noch ein Arbeiterproletariat? in „Stimmen der Zeit“, Verlag Herder, Freiburg, Juni 1960.

21) „Mit beiden Füßen auf der Erde“, Broschüre der Gesellschaft Die Waage, Köln 1959.

22) „Aktionsprogramm“ der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“, Würzburg 1958.